Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14151**

19. Wahlperiode 17.10.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Jan Korte, Stefan Liebich, Pascal Meiser, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Andreas Wagner und der Fraktion DIE LINKE.

Keine Waffen an Konfliktparteien – Rüstungsexporte an Indien und Pakistan stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Indien und Pakistan mehr zu erteilen sowie unverzüglich alle diesbezüglich bereits erteilten Genehmigungen zu widerrufen.

Berlin, den 15. Oktober 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Der extrem gefährliche Konflikt zwischen den beiden Atommächten Indien und Pakistan ist in den letzten Wochen erneut eskaliert. Der wieder aufgeflammte Kaschmir-Konflikt reicht bis zur Unabhängigkeit des ehemaligen Britisch-Indien und der damit einhergehenden Teilung des Subkontinents im August 1947 zurück. Zweimal, 1947 und 1965, führten Indien und Pakistan Kriege bereits um die Region.

Bundeskanzlerin Merkel betonte die große Bedeutung von Frieden und Stabilität in der Region für die internationale Sicherheit. Mit Blick auf die Lage in Jammu und Kaschmir sei es wichtig, auf Deeskalation und Dialog zu setzen. Trotzdem hat die Bundesregierung im August 2019 erneut Rüstungsexporte in das Krisengebiet genehmigt. So wurde für Indien trotz des Kaschmir-Konflikts eine Lieferung von „Meteor“-Gefechtsköpfen und -Triebwerken genehmigt. Bereits 2018 erteilte die Bundesregierung laut Rüstungsexportbericht 2018 Genehmigungen für Rüstungsexporte nach Indien in Höhe von etwa 97 Millionen Euro und nach Pakistan in Höhe von ca. 174 Millionen Euro.

Deshalb und wegen der fragilen Lage in der Region müssen die Waffenlieferungen an Indien und Pakistan umgehend gestoppt werden.